PARTNER IM RND REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND

Untersuchung

15:29 Uhr / 02.06.2021

Laut Umfrage: Mehrheit für Erweiterung der Trebsener Papierfabrik „Julius Schulte“

Laut einer repräsentativen Telefonumfrage befürwortet eine Mehrheit der Menschen aus Trebsen und Umgebung eine Erweiterung der Papierfabrik „Julius Schulte“. Als dieses Ergebnis am Montagabend im Stadtrat vorgestellt wurde, zogen Besucher die ganze Untersuchung in Zweifel. Sogar von einer Farce war die Rede.

Trebsen. Laut einer repräsentativen Telefonumfrage sprechen sich 81 Prozent der Bürger von Trebsen und Umgebung dafür aus, der Papierfabrik „Julius Schulte“ die umstrittene Betriebserweiterung zu gestatten. Uwe Hitschfeld vom gleichnamigen Büro für strategische Beratung aus Leipzig trug diese Zahl und weitere Ergebnisse der Untersuchung am Montagabend im Stadtrat vor. Den Großteil der Besucherschar, die sich eingefunden hatte, konnte er allerdings nicht überzeugen.

Vom 3. bis 25. Mai hatte Hitschfelds Firma 500 erwachsene Personen befragen lassen. Dabei ging es zunächst um allgemeine Sachverhalte. Unter anderem stellte sich heraus, dass dem Thema Schaffung von Industriearbeitsplätzen eine herausragende Bedeutung beigemessen wird, weil sie den Wohlstand sichern. Fast alle Menschen wollen den Erhalt des Industriestandorts Trebsen. Die Papierfabrik ist ihnen bestens bekannt, und von ihrer geplanten Erweiterung haben über 80 Prozent Kenntnis.

Mehrheit will Erweiterung auf jeden Fall

Ein ungläubiges Raunen ging durchs Publikum, als Hitschfeld dann die Zahl von 81 Prozent Zustimmung für die Expansion nannte. Nach seinen Worten schätzen 79 Prozent der Befragten den Nutzen für die Allgemeinheit als so groß ein, dass die Interessen der Anrainer ein solches Projekt nicht verhindern dürfen. Die anderen 21 Prozent sehen es durchaus als legitim an, wegen der Anwohner-Befindlichkeiten das Vorhaben abzulehnen.

Gesetzliche Auflagen sollen beachtet werden

Die Interessen der direkten Anrainer sollten dennoch mit berücksichtigt werden, meinen 82 Prozent der Befragten. Gegen deren Willen sollte nicht gehandelt werden, fordern mit 57 Prozent deutlich weniger. 98 Prozent wollen, dass alle gesetzlichen Auflagen und Regeln, insbesondere beim Umweltschutz, beachtet werden. Von 72 Prozent werden laufende Informationen über den Planungsstand gewünscht, vor allem im Rahmen von Veranstaltungen, aber auch über das Internet und Broschüren. Und 56 Prozent sind dafür, dass nicht nur die Stadtverwaltung und der Stadtrat, sondern die gesamte Trebsener Bevölkerung an der Planung beteiligt wird.

Besucher halten Untersuchung für eine Farce

Im Publikum saßen hauptsächlich Bewohner der Siedlung an der Papierfabrik. Der Stadtrat gewährte ihnen auf Bitten von Regina Lyko (Bürgerinitiative für eine sichere Zukunft) ein Rederecht. So brach sich eine kontroverse Diskussion Bahn, bei der schnell das Wort „Farce“ im Raum stand. Es seien zum Teil Suggestivfragen gestellt worden, die jeder mit Ja beantworten könne. Die Papierfabrik als Auftraggeber und

Finanzierer der Umfrage habe ihr erwartetes Ergebnis erhalten. „Insofern haben sie ihre Arbeit gut gemacht“, hielt eine Bürgerin Hitschfeld entgegen.

Kritik an Art und Weise der Befragung

Dass den Befragten nicht erläutert wurde, welche Belastungen auf die Bürger zukommen, kritisierte ein anderer Einwohner. „Bevor sie antworten sollten, hätte man ihnen sagen müssen, dass eine über 20 Meter hohe Mauer entsteht und der Lastwagenverkehr deutlich zunimmt“, sagte er. „Leute erschrecken, wenn sie auf unseren Protestplakaten sehen, wie das alles einmal ausschauen soll.“ Außerdem seien bei der Untersuchung wichtige Fragen ausgeklammert worden, zum Beispiel ob die Menschen mit dem höheren Wasser- und Energieverbrauch sowie der Flächenversiegelung einverstanden sind.

So könnte die Papierfabrik nach dem neuesten Planungsstand aussehen: Die großen grauen Gebäude im Vordergrund mit dem grünen Anbau würden neu entstehen. Bei der hinteren Zeile im Muldebogen handelt es sich um den jetzigen Bestand. Quelle: Julius Schulte

Hitschfeld kontert Vorwürfen

„Wir haben wissenschaftlich sauber gearbeitet. Wenn wir das nicht tun würden, wären wir nicht seit 20 Jahren am Markt, und zwar deutschlandweit“, betonte Uwe Hitschfeld. Aus seiner Sicht handelte es sich nicht um Suggestivfragen. Und ein bestelltes Umfrageergebnis sei denkbar ungeeignet für eine Millioneninvestition. Der Papierfabrik gehe es darum, grundlegende Meinungen, Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung im Zusammenhang mit den Erweiterungsplänen zu erfahren. Dass den Leuten diese Pläne ausführlich am Telefon erklärt werden, sei unüblich. Die Ergebnisse wären auch ohnedem eindeutig.

Bürgersprechstunden im Juni

Laut Markus Praprotnick (CDU) bestätigen die Ergebnisse seine Erfahrungen aus Gesprächen und sozialen Medien. Und Volker Killisch (Wählervereinigung Altenhain) hob hervor, dass alle Abgeordneten gerade dabei seien, ihre eigene Meinung zur Expansion zu bilden. „Ich habe mich auch noch nicht festgelegt“, erklärte er. Im Rahmen von Bürgersprechstunden werden noch diesen Monat Vertreter der Stadt, der Firma Schulte, die Planer und Hitschfeld Rede und Antwort stehen. Auf einer frisch erstellten Website soll permanent der jeweils aktuelle Planungsstand ersichtlich sein.

Papierfabrik erfreut über Umfrageergebnis

„Wir freuen uns über die große Zustimmung zu unseren Überlegungen zur Standorterweiterung und nehmen die Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung ernst“, erklärte der Werkleiter der Papierfabrik, Maik Nürnberger, gegenüber der LVZ in Bezug auf die Umfrage. „Die Einhaltung der gesetzlichen Auflagen und Regeln ist für uns ebenso eine Selbstverständlichkeit wie transparente, kontinuierliche Information zum Projekt.“

Bürgersprechstunden am 15., 16., 23. und 24. Juni, jeweils 14 bis 19 Uhr, im Rathaus Trebsen; Anmeldung erforderlich unter der Telefonnummer 0341-30 55 85 29

Website: www.projektstudie-jst.de

Lesen Sie auch:

- Papierfabrik veröffentlicht erste Pläne für Mega-Investition
- Aktionsbündnis fordert Rücktritt von Bürgermeister Müller
- Stadträte gegen Rücktritt des Bürgermeisters
- So wollen Stadt und Fabrik Transparenz schaffen

Von Frank Pfeifer

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Radio.de